

Für den politischen Theil:
G. Fontane,für Feuilleton und Vermischtes:
A. Roekner,für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedehaus,
sämtlich in Posen.Verantwortlich für den
Inseratenthail:
O. Grosse in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 63.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausga-
bestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Sonntag, 25. Januar.

1890.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei G. Ad. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitenstr.-Ecke,
Ollo Kiehl, in Sima
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei H. Matthes,
in Breschen bei J. Fiedler
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. L. Paule & Co.,
Krausen & Fugler, Rudolf Hofe
und „Invalidendank.“

M t l i c h e s.

Berlin, 24. Januar. Der König hat dem Legations-Sekretär
bei der Gesandtschaft in Dresden, Prinzen von Thurn und Taxis,
den Charakter als Legations-Rath, und dem Rechtsanwält und
Notar, Justiz-Rath Kranz in Tilsit, bei seinem Ausscheiden den
Charakter als Geheimer Justiz-Rath verliehen.Dem Ober-Gärtner Franz Goeßle an dem königlichen Pom-
ologischen Institut zu Posen ist der Charakter als Garten-Insp-
ktor verliehen worden.Dem Lehrer an der königlichen Baugewerkschule in Nienburg,
Ingenieur Hermann Meyer, ist der Titel „Oberlehrer“ beigelegt
worden.Der ordentliche Professor an der Universität zu Breslau, Dr.
Benno Erdmann, ist in gleicher Eigenschaft in die philosophische
Fakultät der Universität Halle-Wittenberg versetzt worden.Der bisherige Kreis-Wundarzt des Kreises Ragnard, Dr. Voigt
in Gollnow, ist zum Kreis-Physikus des Kreises Ramin ernannt
worden.

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 24. Januar, 1 Uhr.

Das Haus genehmigte in dritter Lesung den Gesetzentwurf, be-
treffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Lan-
deshaushalts von Elsaß-Lothringen, und setzt sodann die
dritte Berathung des Etats fort.Zum Umbau des Dienstgebäudes des Auswärtigen Amtes wer-
den 187.000 Mk. ohne Debatte bewilligt.Ebenso werden die Matricularbeiträge und die übrigen
Repositionen des Etats und das Anleihegesetz debattelos bewilligt.
Das Etatsgesetz wird in der Schlussabstimmung einstimmig ange-
nommen. Der Etat balancirt folgendermaßen: in Ausgabe mit
1.192.749.286 Mk., nämlich 852.181.865 Mk. an fortdauernden,
71.190.368 Mk. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und
269.407.053 Mk. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen
Etats, und in Einnahme mit 1.192.749.286 Mk.Sodann wird die Resolution Dr. Baumbach auf Vorlegung
eines Nachtrags-Gesetzes zur Gewerbeordnung, betreffend die
weitere Ausbildung der Arbeiterschaft-Gesetzgebung in An-
sehung der Frauen- und Kinderarbeit, sowie — nach einem
Amendement Stumm — in Ansehung der Sonntagsarbeit
einstimmig angenommen.Ebenso wird die Resolution der Budget-Kommission, betref-
fend die Beförderungsbesserungen der Beamten ange-
nommen.Es folgt der mündliche Bericht der Kommission über den An-
trag Richter-Schrader (fr.), betr. die Ermäßigung der
Kohlenpreise resp. Ausdehnung der Ausnahmetarife auch auf
die Kohleneinfuhr vom Auslande.

Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrages.

Abg. Dubiquet bemerkt als Berichterstatter der Kommission,
der Kommissionsbeschluss sei mit Stimmengleichheit gefasst worden,
nachdem seitens der Regierung die Erklärung abgegeben sei, daß
die Materie nicht aus den Augen gelassen werde. Eine Ermä-
gung des Tarifs für Braunkohlen sowie eine Erleichterung des
Wassertransports sei von der Kommission als wünschenswerth
erachtet worden. — Er persönlich würde für den Antrag sein.Abg. Siegle (natl., auf der Tribüne schwer verständlich) em-
pfehlte wegen der augenblicklich herrschenden Kohlennoth die An-
nahme des Antrages.Abg. Fürst Hatzfeld (Reichsp.) hält den Antrag im gegen-
wärtigen Augenblick nicht für opportun, weil er die Begehrtheit
der Arbeiter in den Kohlenländern nur noch mehr reize. Der
Antrag gehöre mehr ins preussische Abgeordnetenhaus. Dagegen
erscheine es auch ihm erforderlich, den Tarif für inländische Braun-
kohle herabzusetzen.Abgeordneter Graf Stolberg (konservativ) hält den Antrag
für nicht geeignet, der Kohlenvertheuerung abzuwehren, denn die
ausländische Kohle komme in zu geringer Menge wegen des zu
weiten Wasserweges auf den deutschen Markt. Eine generelle Her-
absetzung der Kohlentarife sei bedenklich, weil sich die Resultate
der Preisvertheuerungen, welche zweifellos eintreten würden, gar
nicht abschätzen ließen. Die Kohlenvertheuerung sei hervorgerufen durch
die Monopolisirung des Handels und es werde zu erwägen sein,
wie in Zukunft dieser Monopolisirung entgegengetreten werden
könne.Abgeordneter Schrader (deutschfreisinnig): Der Umstand, daß
in der Kommission die Stimmen für und gegen unseren Antrag
gleich waren, beweist, daß eigentlich von einer Ablehnung unseres
Antrages in der Kommission keine Rede sein kann, wenn das formell
auch der Fall war. Diese Stimmengleichheit ist ein großer Erfolg
im Vergleich zur ersten Diskussion über den Antrag im Plenum.
Betrachtet man die in der Kommission gemachten Ausführungen
auf ihren Inhalt hin, ergibt sich sogar, daß eigentlich eine Ma-
jorität für den Antrag vorhanden war.Unser Antrag verlangt nicht die Zustimmung des Hauses über
bestimmte Punkte, sondern nur eine Erwägung, für welche wir das
nöthige Material vorgelegt haben. Wir haben nur die Punkte in
unserem Antrag hervorgehoben, die einer Erwägung besonders
würdig sind.Als Hauptgrund gegen unseren Antrag wird geltend gemacht,
daß derselbe mehr in den Einzelstaaten, als im Reichstag zu ver-
handeln sei. Ich bin der Meinung, daß es an der Zeit ist, daß
der Reichstag endlich eine veränderte Stellung in den Eisenbahn-
fragen einnimmt. Nach der Verfassung kann er einen direkten
Zwang nicht ausüben. Aber ich halte es für notwendig, daß der
deutsche Reichstag zusammen mit den Regierungen endlich einmal
die Eisenbahnfragen in ernsthafte Erwägung nimmt. Das ganze
Eisenbahnwesen ist ein Monopol der Einzelstaaten geworden, wel-
ches, wie die Erfahrung lehrt, im fiskalischen Interesse weit mehr
ausgenutzt wird, als bei der Eisenbahnverstaatlichung beabsichtigt
wurde. Keine Privateisenbahn würde in der Lage sein, ihre Tarife
so stark zu erhalten, wie jetzt die Staatseisenbahnen.Wenn eine Enquete in demjenigen Sinne angestellt wird, wie
wir sie beantragen, dann wird sich dem deutschen Publikum zweifel-
los ergeben, daß gewisse Neueinrichtungen getroffen werden müssen,
dann werden auch die verbündeten Regierungen keinen Widerstand
leisten, und wenn sie ihn leisten, so werden sie durch die öffentliche
Meinung gezwungen werden, den Weg zu beschreiten, den die
Enquete ihnen weist. Wir können also einen moralischen Druck
auf die verbündeten Regierungen ausüben.Was die materiellen Bedenken betrifft, die gegen den Antrag
geltend gemacht sind, so weise ich darauf hin, daß in unserer
Kohlenproduktion sehr erhebliche Mißstände vorhanden sind, welche
außerordentlich schwer drücken. Wir haben uns die Frage vorge-
legt, ob diese Mißstände dauern können. Ich bin immer mehr zu
der Ueberzeugung gekommen, daß die gegenwärtigen Kohlenpreise
allerdings eine Katastrophe sind, und das wird auch von den
Kohlenbergwerksbesitzern anerkannt, daß aber diese hohen Preise
gerade durch die jetzigen Tarife aufrechterhalten werden. Gut-
willig werden die Kohlenbergwerksbesitzer ihre Preise nicht er-
mäßigen. Jeder nimmt die Preise, welche er bekommen kann. Es
ist also eine Art Zwang nötig, um dieselben zu ermäßigen.Wenn ich recht berichtet bin, sind zur Zeit keine Anlagen vor-
handen, die nicht im Betrieb sind. Dem wachsenden Kohlenver-
brauch steht also keine entsprechende Produktion gegenüber. Dem-
gegenüber ist der Zustand unhaltbar, daß die Kohlen billig nach
dem Ausland transportiert werden und nicht die ausländischen
Kohlen billig hereinkommen. Dem Einwurf, daß unser Antrag die
nationale Wirtschaftspolitik schädigen würde, erwidere ich, daß die
nationale Wirtschaftspolitik nicht einzelnen Erwerbskreisen der
Nation, sondern der Gesamtheit der Nation zu Gute kommen
soll. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gesamtheit der
Nation eine Herabsetzung der Kohlentarife dringend wünscht. Wir
wollen ja zunächst noch gar nichts Positives, sondern nur, daß Er-
mäßigungen angestellt werden, und daß solche wünschenswerth seien,
darauf waren ja auch eigentlich in der Kommission alle einig.
Nur, ob der jetzige Zeitpunkt der geeignete sei, darüber hegte man
Zweifel. Mein Wunsch geht übrigens auch nicht lediglich dahin,
daß recht viel ausländische Kohle importiert wird, sondern mehr
dahin, daß die inländische Kohle im Inland zum vollen Absatz
kommt, weil ich mir davon eine größere Förderung der Industrie
verspreche. Auch die Eisenbahnverwaltung wird von der Ermä-
gung des Kohlentarifs Vortheil ziehen, die Bezugskosten für
Kohlen werden sich ermäßigen und auch das Eisen wird billiger
werden.Die von mir angeregte Ermäßigung des Tarifs für Braunkohle
hat die Zustimmung der Kommission gefunden. Wir haben ausge-
dehnte Braunkohlenlager, die mit sehr niedrigen Kosten ausgebeutet
werden. Die Braunkohle ist der Industrie nicht in wünschens-
werthem Maße nutzbar gemacht worden, weil sie zu hohe Tarife
hat. Sie trägt denselben Zoll wie Steinkohlen, obwohl sie nur
die Hälfte des Werths derselben hat.Es erscheint mir absolut erforderlich, eine Prüfung der von
uns angeregten Fragen möglichst bald, und auch vom Standpunkte
der Staatseisenbahnverwaltung eintreten zu lassen. Die preussische
Staatseisenbahnverwaltung hat in dem Bestreben, möglichst wenig
Geld auszugeben, für die Zukunft zu wenig vorgesorgt, auch
namentlich in der Zahl der Transportmittel. Nicht einmal die
wahrscheinlich energische Einwirkung des Reichseisenbahnamtes hat
Wandel schaffen können. Jetzt ist die Eisenbahnverwaltung nicht
mehr im Stande, einen einigermaßen steigenden Verkehr zu be-
wältigen. Und doch ließe sich da ohne viel Kosten allein durch Er-
höhung der Tragfähigkeit der Eisenbahnwagen eine Besserung treffen.
Ich bitte um Annahme des Antrages.Abg. Graf Kanitz (kons.): Der Export der deutschen Kohle ist
nur von Bedeutung nach dem Westen, Belgien, Frankreich und den
Niederlanden, und hierin ist nur eine ganz geringe Tarifierherab-
setzung erfolgt, so daß diese Voraussetzung des Antrages kaum zu-
trifft. Die Kohlenvertheuerung allerdings ist vorhanden: gegen 5,29
Mark pro Tonne im Jahresdurchschnitt des letzten Jahrzehnts
beträgt der Preis jetzt 10,50 Mark (hört, hört! rechts). So sehr
ich das aber auch bedauere, glaube ich doch nicht, daß eine Herab-
setzung der Kohlenpreise viel bessern würde. In England sind die
Kohlenpreise auch um 50 bis 80 Proz. gestiegen, ähnlich in anderen
Ländern. Wegen vorübergehender Preissteigerung wollen wir an
den bestehenden Schutzmaßnahmen nicht rütteln und weite Er-
werbszweige des Landes erheblich schädigen. (Beifall rechts.)Abg. Szynula (Zentr.) erklärt sich gleichfalls für den Kom-
missionsantrag. Die deutsche Kohlenproduktion würde bei einer
Begünstigung der ausländischen Einfuhr außerordentlich zurück-
gehen, während sie augenblicklich sich steigert und zwar derart, daß
das rollende Material der preussischen Eisenbahnen vermehrt wer-
den müsse. Die schlechte Kohle würde erst dann den rechten
Absatz finden, wenn die Oder kanalisiert sei.Abg. Rath Schulz: Die Eisenbahnverwaltungen haben es
keineswegs an der nöthigen Vorsicht für den Betrieb fehlen
lassen. Dieser Anschauung trete ich entschieden entgegen, allein
unter Hinweis auf die bedeutende Vermehrung der Betriebsmittel
in Preußen. Auch die Befestigung des Arbeitermangels in den
schlechten Kohlenländern durch geeignete Maßregeln, wie Ein-
lassung polnischer und galizischer Arbeiter, werde der Kohlennoth
wirklich abhelfen.Abg. Frhr. v. Stumm (N.-P.) wendet sich gegen die Aus-
führungen des Abg. Schrader bezüglich der mangelnden Vorsorge
der preussischen Eisenbahnverwaltung. Dieselben Argumente sind
bereits wiederholt im preussischen Abgeordnetenhaus widerlegt
worden. Der Verkehr habe sich mit einem Mal in ungeahnter
Weise entwickelt und die preussische Staatsbahnverwaltung trage
an dem Wagenmangel keine Schuld. Der Antrag Schrader wider-
spreche wirtschaftlichen Grundsätzen, die sich für die deutsche In-
dustrie bewährt haben, und würde eine wüste Spekulation im
Kohlenhandel hervorrufen. Deswegen habe sich auch der Landes-
eisenbahnrat einstimmig gegen eine Herabsetzung der Kohlentarife
erklärt. Für die Eisenbahnen selbst sei die Höhe der Tarife voll-
kommen gleichgültig, weil sie eben Material zum Selbstkostenpreise
beziehen.

Abg. Graf Mirbach (kons.) weist darauf hin, daß sich Tarife

fragen nicht einseitig lösen ließen. Er sei gegen den Antrag Schrader,
halbe aber eine Herabsetzung der Tarife für Brenn- und Holz
für geboten.Abg. Schrader (fr.) weist noch einmal darauf hin, daß der
Antrag nicht die Entscheidung des Reichstags über bestimmte Tarife-
herabsetzungen, sondern nur die Erwägung über eine Reihe von
Punkten verlange, und bei einer eventuellen Vorlage könnten alle
angeregten Fragen, wie z. B. die Konkurrenz des Brenn- und
Holzes, erwogen werden. Daß die Kohlenvertheuerung durch das
Monopol des Handels hervorgerufen sei, sei nur zum Theil richtig,
denn die rheinischen Zechen schlossen die Lieferungsverträge ohne
Unterhändler ab, während allerdings die schlechtesten fiskalischen
Gruben an Zwischenhändler verkauften, der größeren Sicherheit
wegen. Aber deswegen dürfe man den Zwischenhändlern keinen
Vorwurf machen, denn sie hätten sich nicht herangebracht. Der
Zwischenhandel aber habe auch nur wegen der Höhe der Tarife die
Kohlenpreise erhöht, und sobald Tarifiermäßigungen eintreten, falle
dieses Moment der Preiserhöhung fort.Er bitte nochmals um Annahme des Antrages zwecks Einlei-
tung sachgemäßer Erwägungen.Abg. Kroeber (N.-P.) erklärt, die Anregung des Grafen Mir-
bach verfolgen und einen Antrag auf Herabsetzung der Tarife für
Holz- und Brennholz einbringen zu wollen.Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Antrag Rich-
ter-Schrader gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemo-
kraten, der großen Mehrzahl der Nationalliberalen abgelehnt.

Es folgen Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen werden als zur Erörterung im Ple-
num nicht geeignet erachtet, eine Reihe anderer durch die bisherigen
Reichstagsbeschlüsse für erledigt erklärt.Eine Petition der Aktiengesellschaft „Union“ in Dortmund um
Rückgewährung von Kohlenzoll wird dem Reichskanzler zur Er-
wägung überwiesen.Von verschiedenen Brennereibesitzern, Brenner- und landwirth-
schaftlichen Vereinen wird um Berücksichtigung der Nothlage
der kleinen landwirtschaftlichen Brennereien bei der
Neu-Kontingentierung petitionirt.Die Kommission beantragt, über eine dieser Petitionen, die
nur eine anderweitige Feststellung des der Abfindung seiner Brauerei
zu Grunde gelegten Ausbeuteverhältnisses betrifft, den Verbündeten
Regierungen zur Erwägung zu überweisen, dagegen über die an-
deren in Erwägung, daß die zur Zeit innerhalb der Verbündeten
Regierungen über die Neukontingentierungen stattfindenden Erörte-
rungen sich auch auf die Frage einer günstigeren Behandlung der
kleineren Brennereien bezieht, und in der Voraussetzung, daß diesen
Bestrebungen nach Möglichkeit werde Rechnung getragen werden,
zur Tagesordnung überzugeben.

Das Haus beschließt dem Kommissionsantrag entsprechend.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Sonntag 10 Uhr: Dritte Berathung
des Sozialistengesetzes.

Schluß 3¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 24. Januar.

Das Präsidium wird beauftragt, dem Kaiser die Glück-
wünsche des Hauses zum Geburtstag zu überbringen.Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für
1887/88, die allgemeine Rechnung über den Etat 1886/87, die
Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatsgesetzes
für 1886/87 und die Uebersicht von den Staatseinnahmen und
Ausgaben 1888/89 werden der Rechnungskommission über-
wiesen, der Nachweis über die Verwendung des für 1888/89
im Eisenbahnetat vorgesehenen Dispositionsfonds von
1.500.000 Mk. geht an die Budgetkommission zur weiteren Be-
rathung.Der Vertrag wegen Fortdauer des Thüringischen Zoll-
und Handelsvereins wird in erster und zweiter Lesung debattelos
genehmigt, der Rechenschaftsbericht über die Ausführung des
Gesetzes betr. die Konsolidation Preussischer Staatsanleihen
wird für erledigt erklärt.

Das Haus tritt in die zweite Berathung des Etats ein.

Der Etat des Kriegsministeriums und des Ministeriums
der Auswärtigen Angelegenheiten wird debattelos be-
willigt.

Beim Etat der Lotterieverwaltung fragt

Abg. Porck (freikons.) an, ob seit dem März v. J., seit Be-
sprechung dieser Angelegenheit im Hause, sich die tatsächlichen Ver-
hältnisse im Hause, in Bezug auf den Vertrieb preussischer Staats-
lotterieloose irgendwie geändert haben.Geheimrath Marczinowski erwidert, daß in diesen Verhält-
nissen eine Aenderung nicht eingetreten sei.

Der Titel der Lotterieverwaltung wird dann genehmigt.

Hierauf werden ohne jede Diskussion in zweiter Lesung be-
willigt die Etats des Seehandlungsinstituts, der Münzver-
waltung, der Staatsarchive, Generalordenskommission,
des Geheimen Civilcabinet, der Oberrechnungskammer,
der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte,
des Disziplinarhofes, des Gerichtshofes zur Entschei-
dung der Kompetenzkonflikte, des Geseksamlungsamtes
in Berlin, des „Deutschen Reichs- und Staatsanzeigers“
und des Etats für Zwecke der Landesvermessung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr: Etat (Domänen- und
Forstverwaltung, Kronfideikommiss etc.).

Schluß 11¼ Uhr.

Deutschland.

F. H. C. Berlin, 24. Jan. Einen Einblick in das Wesen und die Thätigkeit der Industrie-Kartelle gewährt der Streit, der in jüngster Zeit entbrannt ist zwischen der Koalition der Thomaspophosphatmehl-Fabrikanten und der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft, welche in einem Aufrufe die deutschen Landwirthe zur Beschränkung oder zeitweiligen Nichtverwendung dieses künstlichen Düngemittels aufgefordert hat, um auf diese Weise der von der Koalition vorgenommenen künstlichen Preissteigerung wirksam entgegenzutreten. Die Fabrikanten wehren sich gegen die Anklage, daß sie den Preis für ihr Produkt übermäßig gesteigert hätten, indem sie auf die Erhöhung der Produktionskosten in Folge gestiegener Rohstoffpreise und Arbeitslöhne sowie auf die Weltmarktpreise hinweisen; die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft vertritt energisch die anfangs erhobenen Vorwürfe. Wenn auch in vielen Einzelheiten dieser Polemik eine unparteiische Entscheidung nach dem bisher beigebrachten Material noch nicht zu fällen ist, so bleibt doch unzweifelhaft auf der Fabrikanten-Koalition ein Vorwurf haften, den sie in allen ihren Veröffentlichungen nicht widerlegt, ja nicht einmal bestritten hat. Wie die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft nachweist, haben nämlich die der Koalition angehörigen Werke ansehnliche Mengen von Phosphatmehl zu sehr niedrigen Preisen in das Ausland verkauft, mit der ausdrücklichen Bedingung: daß die Waare nicht zu niedrigeren als den Konventionspreisen nach Deutschland zurückgeführt werde, und daß der Lieferant für jede entgegen dieser Bedingung wieder eingeführte Tonne eine Strafe von 10 M. zu erlegen habe. Die Uebertheuerung des Inlandes neben einem Verkauf zu Schleuderpreisen in das Ausland soll darnach durch ein System hoher Konventionalstrafen gesichert werden. Außerdem aber macht die Koalition auch den Versuch, den Händlern und den Landwirthen den Bezug ausländischen Phosphatmehl, zu dem sich Manche angesichts der unerschwinglichen Höhe der Preise für deutsches Phosphatmehl entschlossen haben, gründlich zu verleiden. Der Konvention ist nämlich auch die Bestimmung eingefügt: „An Käufer von ausländischem Thomaspophosphatmehl ist in Deutschland nicht mehr zu liefern, sobald die Bezüge vom Auslande bekannt werden.“ Es handelt sich also um nichts anderes als ein richtiges Boycott-System; die deutschen Landwirthe sollen zum Ankauf des von den coalirten Fabriken erzeugten Produkts zu den von denselben Fabriken diktierten Preisen gezwungen werden. Mit vollem Recht macht man dagegen seitens der Landwirthe geltend, daß diese Manipulation die heimische Bodenkultur schwer zu schädigen drohe. Wird die Verwendung erfolgreicher Düngemittel durch künstliche Preissteigerung eingeschränkt oder gar verhindert, so wird die intensive landwirthschaftliche Kultur in ihrer Wurzel angegriffen. Aber der gleiche Vorwurf trifft nicht minder andere Koalitionen. Die zahlreichen Kartelle, die sich in der Eisenindustrie gebildet haben, kommen im Grunde auf das Ziel hinaus, das Eisen, diesen Hebel aller modernen Volkswirtschaft, der gesammten Gewerthätigkeit der Nation künstlich zu vertheuern. Den Landwirthen ist in ihrem Kampfe gegen die coalirten Phosphatmehl-Fabrikanten voller Erfolg

zu wünschen; aber nicht minder wünschenswerth ist es, daß aus diesem Kampfe sich zugleich in weiteren Kreisen eine bessere Einsicht in die Zwecke und Mittel der Kartelle überhaupt entwickeln möge.

Der Kaiser hörte gestern Abend den kriegsgeschichtlichen Vortrag des Generalleutnants von Wittich. Später sahen die kaiserlichen Majestäten den Herzog Ernst Guenther zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und den Generalleutnant v. Versen als Gäste bei sich zum Thee. Heute Vormittag begaben sich der Kaiser und die Kaiserin mit den zur Zeit in Berlin weilenden Höchsten und Hohen Herrschaften und deren Gefolgen mittels Sonderzuges nach Potsdam, um im Bronzesaale des Stadtschlosses der Nagelung und Weihe der dem Regiment der Gardes du Corps verliehenen neuen Standarte beizuwohnen. Nach beendeter Feierlichkeit nahm der Kaiser über das Regiment der Gardes du Corps die Parade ab. Die Kaiserin nahm den Rückweg über Charlottenburg, um daselbst das Mausoleum zu besuchen.

Nach einer der „Voss. Ztg.“ aus London zugehenden Drahtmeldung wird der Prinz von Wales Berlin in diesem Monat, der ursprünglichen Absicht entgegen, nicht besuchen, da Kaiser Wilhelm den Wunsch ausgedrückt habe, daß die fremden Fürstlichkeiten, welche er als Gäste zu seinem Geburtstage erwartete, ihren Besuch in Folge des Ablebens der Kaiserin Augusta verschoben möchten.

Die Kaiserin Friedrich empfing gestern Mittag den von den Beisetzungsfeierlichkeiten aus Vissabon hierher zurückgekehrten Chef des Stabes der ersten Armee-Inspektion, Generalmajor von Winterfeldt. Heute früh begab sich die Kaiserin Friedrich mit den Prinzessinnen-Töchtern nach Potsdam, um bevor die kaiserlichen Majestäten dort anlangten, zunächst noch die Grabkapelle in der Friedenskirche aufzusuchen.

Der Kronprinz von Schweden trifft heute Nachmittag aus der Riviera hier ein und steigt im Niederländischen Palais ab. Derselbe gedenkt bereits morgen Vormittag nach Schweden weiterzureisen.

Unter dem Voritze des Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck fand heute im Reichskanzlerpalais eine von 3 bis 1/2 5 andauernde Sitzung des Staatsministeriums statt, an welcher sämmtliche Mitglieder desselben mit Ausnahme des von Berlin abwesenden Ministers von Lucius theilnahmen; diesen Berathungen folgte um 6 Uhr ein Ministerrath unter dem Voritze des Kaisers. Fürst Bismarck begab sich kurz vor 6 Uhr in geschlossenem Wagen in das Schloß. Der große Ministerrath war um 7 Uhr noch nicht beendet.

In der am 23. d. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende, Vizepräsident des Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern Dr. v. Bötticher, unter allseitiger Zustimmung dem Bedauern über das am 20. d. Mts. erfolgte Ableben des königlich sächsischen Staats- und Finanzministers Freiherrn v. Kömmerich Ausdruck. Den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen über die Ausübung des Aufschlagsgewerbes, über die Gewährung von Entschädigungen für Viehverluste in Folge von Milzbrand oder Rauschbrand, betreffend die Haltung der Zuchtstiere, betreffend die Verjährung der Fischereifrevel, und betreffend die öffentlichen Genossenschaften zum

Zweck der Anlegung von Feldwegen, sowie von Bewässerungen und Entwässerungen, ertheilte die Versammlung die Zustimmung. Die vom Reichstage angenommenen Gesetzentwürfe wegen Abänderung der Gewerbeordnung (Befähigungsnachweis) und wegen Abänderung der Militär-Strafgerichtsordnung, sowie die Anträge Sachsens und Oldenburgs, betreffend die Verlängerung des Noten-Privilegiums der landständischen Bank des königlich sächsischen Markgrafenthums Oberlausitz und wegen Aenderung des Gehaltsjahres der Amtsdieners im Zollverwaltungs-Etat, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der vom Reichstage gleichfalls angenommene Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874, wird der allerhöchsten Vollziehung unterbreitet werden. Von den vorgelegten weiteren Aktenstücken über Ostafrika, sowie über die deutschen Schweineeinfuhr-Verbote und der Uebersicht über die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende Dezember 1889 überwiesenen Beträge an Reichs-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nahm der Bundesrath Kenntniß.

Die bereits telegraphisch kurz skizzirte Antwort des Vereins für bergbauliche Interessen im Bezirk Dortmund an die Vereinigung der Bergarbeiter hat folgenden Wortlaut:

„An Bergmann Meyer in Bochum! Auf die an uns gerichtete Zuschrift vom 13. d. Mts., welche nach ihrer Ueberschrift „Forderungen der Bergleute von Rheinland und Westfalen“ enthält, erwidern wir: daß wir Ihnen und den Mitunterzeichneten die Berechtigung nicht zuerkennen können, solche im Namen der gesammten Belegschaften unseres Bezirks an uns zu richten. Wir nehmen trotzdem keinen Anstand, Ihnen zu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, den unsern Verein angehörigen Bechen die Annahme der von Ihnen gestellten Forderungen in Ihrer Maßlosigkeit zu empfehlen. Wir hegen auch zu dem gefunden Sinne und der Besonnenheit der überwiegenden Mehrzahl unserer Bergleute das Vertrauen, daß sie an erneuten Versuchen zur Störung des Friedens sich nicht betheiligen werden, da hiermit die schwerste Schädigung aller wirthschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes verbunden sein würde. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.“

Gleichzeitig hat der erwähnte Verein der Grubenbesitzer ein Rundschreiben an die Vereinszechen erlassen. In demselben wird ausgeführt, daß nach den im Januar erfolgten weiteren Aufbesserungen der Schichtlöhne der Verein sich wohl der Erwartung habe hingeben dürfen, daß nunmehr eine Zeit friedlichen Einvernehmens gekommen sei. Diese Erwartung sei getäuscht worden. Das Rundschreiben erörtert sodann die Legitimation des Vorstandes des Verbandes zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen. Es wird in Frage gestellt, ob die Unterzeichner der Forderungen berechtigt seien, namens der gesammten Belegschaften von Rheinland und Westfalen zu sprechen. Sie bieten keine Gewähr dafür, daß etwaige Unterhandlungen oder Abmachungen mit ihnen von den gesammten Belegschaften gehalten werden. In dem Rundschreiben wird alsdann die Stellung des bergbaulichen Vereins zu den Forderungen der Bergarbeiter im einzelnen gekennzeichnet. Eine Lohnerhöhung von 50 Prozent sei undenkbar. Bezüglich der Verkürzung der Schichtdauer liege keine Veranlassung vor, von den getroffenen Vereinbarungen abzuweichen. In dem Verlangen, die Aufforderung zu Ueberschichten zu verbieten, erblickt das Rundschreiben einen Eingriff in die freie Arbeits-

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 24. Januar.

Ist es wahr, daß die erste deutsche Kaiserin vor ganz kurzer Zeit zu Grabe getragen worden ist? Fast könnte man daran zweifeln, wenn man sieht, wie flott die Vergnügungen sind, denen sich die Reichshauptstadt hingiebt, und in welchem Maße sie das thut! Denn um es nur gleich von vorn herein zu sagen: die Jagd nach Vergnügungen aller Art war in Berlin schwerlich jemals eine tollere, als sie jetzt ist, wo wir Landesstrauer haben! Daß die Veranstalter der öffentlichen Lustbarkeiten alles nur Erdenkliche aufbieten, das Publikum in großen Schaaren herbeizulocken, darf ja allerdings nicht Wunder nehmen; es ist einmal ihr Geschäft, vom Vergnügen der anderen Leute zu leben, und beim Geschäft hört bekanntlich alle Gemüthlichkeit auf, wenn sie geeignet ist, die Kasse zu schädigen, und noch früher als sie hat die Trauer ein Ende! Also ist es zu begreifen, wenn die Theaterdirektoren, die Tingeltangelleiter, die Maskenball-Unternehmer, die Privat-Vergnügungsvereine mit zahlendem Zuschauer-Publikum u. s. w. u. s. w. ihr Möglichstes thun, um ihre Lokalitäten und dadurch ihre Kassen zu füllen; und es ist auch schließlich nicht gerade unbegreiflich, wenn das Publikum ihren Lockungen wirklich nachgibt, denn die Verlockung ist gar so groß! Kein Wunder daher, daß z. B. die Veranstaltungen der verschiedensten Berliner „Klubs“, um damit zu beginnen, massenhaft besucht sind, wie beispielsweise der jüngste „Herrenabend“ eines humoristischen Vereins, den ich nicht nennen will, um nicht für ihn — Reklame zu machen! An solchen Abenden herrscht die über-schäumendste Lustigkeit! Was da geboten wird, was da die Sachmuskeln in fortwährende Bewegung versetzt, das geht, wie man zu sagen pflegt, „denn doch schon über die Hutschnur!“ Für Eingeweihte sagt der Name „Herrenabend“ genug; und was die Nicht-Eingeweihten anlangt, so werde ich mich hüten, ihnen zu erzählen, durch welche hyperbolischen Lascivitäten, durch welche zwar meist witzigen, aber darum doch nicht minder „unglaublichen“ Potereien namentlich in der zweiten Hälfte der „Herrenabende“ für das Vergnügen der Theilnehmer gesorgt wird! Ich will nur einmal konstatiren, daß es in der Reichshauptstadt für Vereinsmitglieder, eingeladene und zahlende Besucher eine Sorte von Belustigungen giebt, die nicht nur in schreiendem Gegensatz zu den immer noch über den Wappen

der Hoflieferanten befindlichen Trauerflören steht, sondern auch in nicht weniger schreiendem Gegensatz zu jener moralischen Gesundheitsfürsorge der Behörden, die sich z. B. im Verbot von Bühnenwerken und im Konfisziren selbst Goethe'scher und Heine'scher Dichtungen bekundet. . . womit ich natürlich nicht etwa nach der Polizei gerufen haben will! Daß dergleichen „lustige“ Herrenabende auch ihr Trauriges haben, versteht sich von selber. Ich will gar nicht einmal von den auf der Hand liegenden Einwirkungen solcher Abende auf Moral und Sitte sprechen, denn ich bin ja von der „Posener Zeitung“ nicht als Sittenwächter der Reichshauptstadt, sondern als Berliner Feuilletonist engagirt. Das aber muß ich denn doch sagen, daß derartige Vergnügungen im geselligen Leben der Reichshauptstadt gerade keine „freudig zu begrüßende“ Erscheinungen genannt werden können, von allem Anderen abgesehen auch schon deswegen nicht, weil sie ihre Theilnehmer ganz unbedingt für minder gefalzene Kost abstumpfen und zur Folge haben, daß denselben beispielsweise ein Theaterstück ohne starke Würzungen nicht mehr recht munden will, daß das sich von Jahr zu Jahr vergrößere Herrenabend-Publikum nicht mehr Pikanterien und Zölein, sondern faustdicke Eindeutigkeiten und Zoten zu hören verlangt, wenn ihm ein Stück so recht gefallen soll. Und das ist, denke ich, schon des Schadens genug! Viel beklagenswerther aber als die Sache, (d. h. die Herrenabende) an sich, ist der Umstand, daß man dergleichen wenig angenehmen dufenden Weilchen nicht im Verborgenen blühen läßt, wie es sich ziemte, vielmehr in den Blättern lange vorher schon darauf hinweist, will sagen, eine gehörige oder besser eine ganz ungehörige Reklame für derartige Abende macht und sie hinterher auch noch des Langen und Breiten durch lobende Besprechungen (zum mindesten der mitwirkenden Künstler) in der Presse verherrlicht und so dem diesmal nicht daigewesenen Publikum den Mund nach dem nächsten Herrenabend „wässerig macht“. — Das Alles trifft nun nicht etwa bloß auf einen Verein zu, bewahre! Wir haben unter den verschiedenen Hunderten von Vergnügungsvereinen in Berlin eine ganze Anzahl, deren größte Zugkraft auf ihren Herrenabenden beruht!

Anständiger als bei diesen Veranstaltungen geht es selbst bei jenen Maskenbällen her, welche sich schon durch die Bemerkung: „kein Frackzwang“ auf den Säulenplakaten und in den Annoncen für den Kenner als Bälle kennzeichnen, bei denen sich die Herren, wie in ihrer Kleidung so auch im Benehmen keine Gene aufzuerlegen brauchen, weil das die „Da-

men“ ebenfalls nicht thun. Daß sie stark besucht sind, daß die Tingeltangel schwerlich jemals bessere Geschäfte gemacht haben als gerade jetzt, und daß dabei auch die Theater ein zahlreicheres Publikum als vordem aufzuweisen haben, beweist schlagend die Richtigkeit meiner Eingangs-Bemerkung: daß sich Berlin zur Zeit so recht eigentlich auf der Jagd nach Vergnügungen befindet. Und Notabene: Die Theater sind augenblicklich nicht einmal von dem Bestreben beseelt, durch besondere Pikanterie ihrer Stücke die Konkurrenz der sonstigen Vergnügungs-Institute abzuschwächen; im Gegentheil, die in diesen Tagen zur Aufführung gekommenen Werke waren, soweit sie lustig sein wollten, recht harmlos lustig, zuweilen freilich recht harmlos und nicht lustig! So war z. B. die jüngst zur Erstaufführung gelangte Novität des Lessing-Theaters von einer solchen Harmlosigkeit und dabei von einer so geringen Lustigkeit, trotz ihrer im „Hause Lessings“ noch nicht dagewesenen Possenhaftigkeit, daß sie . . . vollkommen durchfiel!

Es freut mich übrigens konstatiren zu dürfen, daß es diesmal bei der Ablehnung von Schönlans und Oldens „Geigenfee“ nicht zu der einer persönlichen Abstrafung ähnlichen „Verurteilung“ der Autoren kam, wie sie selbst Schriftstellern von den Gaben eines Wichert widerfahren ist. Es ist ja doch schließlich kein Verbrechen, ein schlechtes Stück geschrieben zu haben; die Absicht war doch wenigstens gut, und so sollte man auch stets, wie diesmal, keinen Aerger und den verursachten Geld- und Zeiterverlust ohne entprechende Vergnügen-Entschädigung durch nichts Schlimmeres bekunden als durch eine unzweideutige, aber in den Grenzen der Schicklichkeit bleibende Ablehnung des Werkes. Die Autoren sind ja durch das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen genügend bestraft. . . wenn sie einer Strafe bedürften! . . und sie werden es noch härter durch die kritischen Besprechungen, die sie am nächsten Tage zu lesen bekommen, gleichviel, ob diese von wohlwollenden Beurtheilern, ob sie „sine ira“ abgefaßt sind wie die vorstehende, oder ob sie von malitösen persönlichen Gegnern geschrieben sind; denn auch die wohlwollendste Besprechung eines durchgefallenen Stückes lesen zu müssen, ist eine harte, ja grausame Strafe für den Versuch, das Publikum zu erheitern ohne damit zu reißiren!

Einer würdigen Haltung auch gegenüber nicht gefallenden Werken hat man sich mit Sicherheit nur vom Publikum des königlichen Schauspielhauses zu versehen; das liegt an der eigenartigen Zusammensetzung des Premieren-Publikums

thätigkeit des Einzelnen. Von dem Gebrauch des Wagners Nullens abzugehen, liege keine Veranlassung vor. Die zweimalige vollständige Abrechnung im Monat erscheine nicht allgemein durchführbar. Bei einzelnen Belegschaften würden Abschlagszahlungen in kürzerer Frist nicht im Wege stehen.

Dänemark.

* **Kopenhagen, 22. Januar.** Die Auflösung des Folkethings in Dänemark ist der Regierung nicht gut bekommen, denn trotz des frühen Wahltermins, der einen Versuch der Ueberrumpelung der Wähler gleichsieht, hat die Linke nicht bloß ihre Stellung behauptet, sondern sogar der Rechten einige Sitze abgenommen. In der aufgelösten Kammer hatte von 102 Sitzen die Rechte 26, in der neuen Kammer wird sie nur noch 23 haben. In der Provinz hat sie einen Sitz gewonnen, dafür hat sie in Kopenhagen drei verloren, und zwar alle drei an die Sozialisten. Abgesehen von den letzteren ist die Linke ziemlich stationär geblieben; doch ist zu bemerken, daß der entschiedenere, der demokratische Flügel den Gemäßigten mehrere Sitze abgenommen hat. Da die Gemäßigten nicht abgeneigt sind, Verhandlungen mit der Regierung zu führen, damit der lange Streit endlich aus der Welt geschafft werde, so ist aus diesem Theile des Wahlergebnisses zu folgern, daß die Kompromißpolitik im Volke nicht gebilligt wird. Die Regierung wird auf den Kernpunkt ihrer alten Streitstellung, die Befestigungen von Kopenhagen, nicht verzichten wollen, und wenn die Gemäßigten sich ihr nicht auf Gnade und Ungnade ergeben, was doch nicht anzunehmen ist, so kann der alte Streit wieder von vorn anfangen, da durch die Wahlen die bisherige Lage in keiner Weise entscheidend geändert worden ist. Es müßte denn Herr Estrup über das Wachstum der sozialistischen Stimmen zur Einsicht kommen, daß seine Hartnäckigkeit in der Verletzung der Verfassung nach einer ganz anderen Richtung wirkt als zu Gunsten seiner Pläne.

Spanien.

* Ueber das neue Ministerium werden dem „Temps“ folgende Anhaltspunkte gegeben: Außer Sagasta gehörten noch Vega de Armijo (Außeres), Capdepon (Inneres) und Becerra (Arbeiten) dem vorigen Ministerium an. Der Kriegsminister General Bermudez Reina gilt für einen tüchtigen Offizier; er ist befreundet mit General Lopez Dominguez, reformfreundlich und in der Armee sehr populär. Der Admiral Romero (Marine) ist Demokrat; er will in seinem Etat Ersparnisse machen. Der Finanzminister Equilior war bis jetzt Präsident der Budgetkommission; er ist sehr versöhnlich und zum Laviren zwischen Schutzöllnern und Freihändlern geeignet. Der Herzog von Veraguas (Kolonien) ist ein direkter Nachkomme von Christoph Columbus. Der Justizminister Puigcerver ist ein bekannter Finanzmann und ist schon mehrmals Minister gewesen. In der politischen Färbung des Ministeriums dominiert das demokratische Element, angeblich weil Sagasta als seine Hauptaufgabe jetzt die Einführung des allgemeinen Stimmrechts betrachte.

dieses Theaters, das von dem Premièren-Publikum anderer Theater wesentlich abweicht. Man verhält sich dort ruhig, selbst wenn das Stück geradezu schlecht ist, und man klatscht bei erträglichen Werken, wenn nicht dem Autor, so doch mindestens den Künstlern Beifall. So sind dieselben z. B. vor ein paar Tagen mit dem im Schauspielhause üblichen gestitteten, sich selten zu einem Enthusiasmus steigenden Beifall bedacht worden, als sie Otto Girndts zwar nicht neues, wohl aber jetzt erst zur Aufführung gelangtes Trauerspiel: „Erich Brahe“ darstellten. Das Stück ist eine fleißige, tüchtige Arbeit und macht auch, trotzdem uns die längst vergangene schwedische „Hof- und Staatsaktion“ an sich keinerlei Interesse abzugewinnen vermag, in der Lektüre einen gewissen Eindruck; in der Darstellung aber ließ es uns „kühl bis ans Herz hinan“, da weder der kraftlose, von seinem übermüthigen Aristokraten-Reichstage hart bedrängte König Adolf Friedrich von Schweden, noch auch Erich Brahe, der treue, aber für sein ehrliches Wollen und Streben dem Henker verfallende Verfechter des Königthums vom Dichter so lebendig hingestellt ist, daß wir innerliche Theilnahme für das, was Beide wollen, zu empfinden im Stande sind.

Im Uebrigen hätte ich ihnen von theatralischen Vorkommnissen nur noch zu berichten, daß uns das „Deutsche Theater“ das einaktige nordische Herzens- und Politik-Drama Björns „Zwischen den Schlachten“ in guter Darstellung und trefflicher Inszenierung vorführte, aber den früher hier von den Meinungen damit erzielten Erfolg nicht gerade übertrumpfte. Einen Treffer allerersten Ranges hat diese Bühne mit der Aufführung von Molières „Tartuffe“ am selben Abend erzielt. Er war, abgesehen von dem gewandten und charakteristischen Spiel, der neuen Uebersetzung von Sulda zu verdanken, einem unserer erfolgreichsten jüngeren Lustspiel-Dichter, der das uns bisher immer so veraltet vorgekommene klassische Lustspiel Maitre Poquelins in freie gereimte Verse übertrug und es durch diese, dem Dichter vollkommen gerecht werdende, den „Moliéristen“ allerdings ein gelindes Grauen verursachende Bearbeitung der deutschen Bühne von Neuem gewann!

So viel für heute von den Vergnügungen Berlins, einschließlich der nicht immer vergnüglich gewesenen Theater-Aufführungen! Und nun hätte ich Ihnen eigentlich des Rängers über die Winter-Kunstausstellungen in der Reichshauptstadt zu schreiben; da ich aber den mir gegönnten Raum schon voll ausgenützt, wenn nicht gar überschritten habe, so muß ich wohl oder übel noch acht Tage mit dieser Besprechung warten. Das Eine darf ich aber wohl noch her-

Lothales.

Posen, den 25. Januar.

* **Mahnung zur Vorsicht bei Zahlungen.** Nicht geringes Aufsehen dürfte in der Handelswelt das Bekanntwerden des folgenden, noch nicht aufgekärten Vorfalls hervorrufen. Ein Herr L. ließ, wie die „Volks-Ztg.“ berichtet, vor wenigen Tagen einem Berliner Möbelfändler einen fälligen Wechsel im Betrage von 1000 Mark präsentieren. Als der mit dem Kassasol beauftragte Herr den Wechsel dem gerade im Lagerraum anwesenden Acceptanten vorlegte, nahm dieser das Papier in Empfang und ging mit demselben nach seinem Comptoir. Der Beauftragte des Herrn L. glaubte nicht anders, als daß der Möbelfändler den Wechsel einlösen wolle, und wartete im Lager bescheiden der Rückkehr des Möbelfändlers. Aber Minute auf Minute verrann, ohne daß der Herr wieder zum Vorschein kam, so daß er sich endlich nach dem Comptoir bemühte. Wer beschreibt aber das Erstaunen des Herrn, als er auf seine zarte Mahnung, ihn doch abzufragen, der Acceptant ihm erwidert, daß die Sache ja bereits erledigt sei. Er habe ihm ja die 1000 Mark gezahlt und dafür, wie recht und billig, den Wechsel in Empfang genommen. Der Bote des Herrn L. glaubte, nicht recht zu hören. „Was?“ rief er, außer sich vor Schreck und Staunen. „Sie haben mir 1000 Mark gegeben?“ — „Gewiß!“ entgegnete der Möbelfändler in großer Ruhe und als der Herr begann, erst unter Witten und Flehen, dann unter Drohungen die Herausgabe des Wechsels zu verlangen, machte der Acceptant kurzen Prozeß und wies „den Menschen, der ihn betrügen wollte“, die Thür. Der Herr eilte auf das nächste Polizeirevier, wo man ihm jedoch bedeutete, in der Sache Nichts thun zu können, worauf er sich spornstreichs nach dem Alexanderplatz begab. In Begleitung eines Kriminalbeamten begab sich der Herr darauf noch einmal in das Geschäft des Möbelfändlers. Dieser blieb jedoch auch dem scharf inquirirenden Beamten gegenüber dabei, daß der Andere seinem Auftraggeber nur das Geld unterschlagen wolle und deshalb ihn bezichtige, den Wechsel widerrechtlich sich angeeignet zu haben. Der Beamte verlangte das eingelöste Papier zu sehen, worauf der Acceptant entgegnete, daß er, seiner Gewohnheit gemäß, den eingelösten Wechsel sofort zerrissen habe. Nunmehr nickten beide Herren dem Beamten zum Polizeipalast folgen, woselbst bei dem sofort angestellten Verhör Jeder auf seiner Aussage beharrte. Der Möbelfändler behauptete, tausend Mark dem Boten gegeben zu haben, während dieser beschwor, in der oben geschilderten Weise geprellt worden zu sein. Zeugen waren bei der ganzen Affaire natürlich keine zugegen und so steht die Angelegenheit gegenwärtig. Herr L. erklärte, daß der betreffende Herr, welcher den Wechsel zur Zahlung vorgelegt, selbst sich in den besten Verhältnissen befinde und derartige Gänge aus Gefälligkeit für ihn zu übernehmen pflege. Andererseits liegt auch gegen den Arrestanten nichts vor, was eines derartigen Streiches ihn fähig erscheinen ließe. „Wo ist die Wahrheit?“ kann hier der Richter mit Recht ausrufen. In das Tageslicht dürfte sie vielleicht erst dann kommen, wenn nicht bezahlte spätere Wechsel den Anhalt geben, daß die Furcht vor einem Protest und damit zusammenhängender Konturserklärung den Möbelfändler zu einem derartigen verzweifelten Schritte getrieben habe.

— **u. Verhaftung.** Gestern ist eine Arbeiterfrau von hier wegen Diebstahls zur Haft gebracht worden. Dieselbe hat im Festungs-Clacis Holz entwendet, welches ihr aber abgenommen wurde.

— **u. Auf dem Wilhelmshofe** werden gegenwärtig die eisernen Nasen-Einfriedigungen zu der am nächsten Montag stattfindenden Parade entfernt.

Handel und Verkehr.

* **Berlin, 24. Januar. Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Starke Zufuhr. Geschäft bei unveränderten Preisen schleppend. Wild und Geflügel. Geschäft still, Hahnen im Preise sinkend. Wildgeflügel

findet zu angemessenen Preisen guten Absatz. Zahmes geschlachtetes Geflügel stark begehrt bei steigenden Preisen. Ungarische Puten sehr gesucht. Fische. Die Zufuhr in lebenden Fischen genügt. Seefische blieben sehr knapp. Geschäft lebhaft bei mittelmäßigen Preisen. Sendungen sind erwünscht. Butter und Käse. Feine Butter zu den herabgesetzten Preisen ziemlich lebhaft. Abfallende Waare oder Landbutter ziemlich unverkäuflich. Feinere Käsearten lebhaft. Gemüse, Obst und Südfrüchte. Apfelsinen knapp Preise steigend, sonst unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—60, Ha 46—52, Ma 35—42, Kalbfleisch Ia 58—64, Ha 40—54, Hammelfleisch Ia 50—55, Ha 40—48 Schweinefleisch 54—60, Baconier do. — M., russisches do. 48 bis 52 M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 70—100 M. Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per 4 Kilo 0,40—0,58, Rothwild per 4 Kilo 0,35—0,45, Rehwild Ia 0,80—0,95, Ha bis 0,75, Wildschweine 0,36 bis 0,54 M., Hahnen per Stück 2,60—2,90 M.

Wildgeflügel. Fasanehähne 3,50—4,00 M., Fasanehen 2,40—3,00 M., Wildenten 1,50—1,75 M., Seeenten — M., Fledenten — Pf., Waldschneppen — M., Hahnhühner 1,10—1,50 M., Schneehühner 0,80—1,35 M., Krammeisvögel — M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse — M., Enten 1,50 bis 2 M., Puten 3,70 M., Hühner, alte 1,50 M., do. junge — M., Tauben 0,50—0,60 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogramm 60—63 M., Zander 70 M., Barsche 63 M., Karpfen, gr. — M. do. mittelgr. 60 M., do. kleine 60 M., Schleie — M., Bleie 40 M., Aal 50 M., bunte Fische (Blöße u. s. w.) 30 M., Aale gr. — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M., Krebse, große pr. Schock — M., mittelgr. 2,50—4 M., do. kleine, 10 Centimeter, 1,40—1,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 100—104 M., Ha. 93 bis 97 M., schlesische, pommerische und polenische Ia. 97—100 M., do. do. Ha. 92—96 M., ger. Hofbutter 82—90 M., Landbutter 72—82 M. — Eier. Hochprima Eier 4,35 M., Kalteier — M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisefartoffeln 1,20—1,60 Mark, do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rumpische Delikatess 5—6 M., Zwiebeln 9—10 M., per 50 Kilogr., Mohrrüben lange per 50 Liter 1 M., Blumenkohl, per 100 Kopf 15—22 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — M., Spinat per 50 Liter 1,50 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, tyroler 25—28 M., p. 50 Kilo, Rüffe, per 50 Kilogr. Franz. Marbois 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — M., Hahnhühner, rund. Sicilianer 26—28 Mark, do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Parmanisse 35—48 Mark, franz. Krahmandeln 95—100 Mark. Apfelsinen, Messina, 8,50—12 M., Zitronen, Messina, 10—15 M. per 50 Kg.

* **Marktbericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke** von Viktor Werdmeier in Berlin S. W. — Schwächere Notirungen von auswärtig nebst fortwährend mangelnder Unternehmungslust am hiesigen Platz bezuhten den Verkehr in den verchiedenen Kartoffelfabrikaten diesmal auf ein Minimum, so daß von einer bestimmten Tendenz keine Rede war, und Preise mithin sich auf dem vorwöchentlichen Standpunkt behaupten konnten. Aus dieser Situation ergibt sich, daß man im Allgemeinen das Abwarten des weiteren Preisverlaufs neuen Engagements vorzieht, zumal für denselben bis jetzt bestimmende Anhaltspunkte fehlen. — Die maßgebenden Fabriken zahlten für: Rohe, rein gewaschene Kartoffelstärke Käufer's Säden bei 2½ Proz. Tara bahnamtliches Verladungs-gewicht disponibel und Dezember-Lieferung M. 7,40 netto Kasse per 100 kg franto Fabrik Frankfurt a. d. Oder. Berlin notirt: Ia. zentrifugirte chemisch reine Kartoffelstärke, auf Horden getrocknet, mit 20 Proz. Wassergehalt disp. M. 16,10, Januar-Februar M. 16,10, Ia. Mehl M. 16,10, Jan.-Febr. M. 16,10, extra prima Mehl C. A. K. M. 17,50, Ia. Mehl, mechanisch getrocknet oder chemischgebleichte Qualitäten do. loco M. 15,50 bis 15,75, Mittel- und abfallende Qualitäten M. 15—14,50. Sekundärstärke u. Mehl M. 13,50—14,00, Ma. M. 12,50 bis 13,00. Trockene Schlammstärke M. 9. Alles pro 100 kg brutto incl. Sad netto Kasse; prima wasserheller Capillair- und Krystall-

von seinem Hintergrunde abhobe, so daß man die Luft dazwischen wahrnahm, der . . . „könne einfach nicht sehen“, der „habe eben noch nicht sehen gelernt und betrachte die Welt durch die Brille der Konvention!“ — Aber ich hoffe, diese Verschwommenheit wird sich mit der Zeit schon geben. Sie hat sich sogar schon bei einigen der bedeutendsten Vertreter der neuen Richtung gegeben. Auch diese Gurlittsche Winterausstellung führt den Beweis davon auf einem ihrer besten Bilder. Der Künstler, der es gemalt hat, ist der so rasch berühmt gewordene Walther Firl, ein Freilichtmaler, der nicht mit den Farben der Regenwolken und des Fabriks-Essen-Rauches, sondern mit Farben schafft, die im freien Licht der Sonne wirklich schimmern und leuchten, ja häufig geradezu glänzen! Das Letztere ist allerdings auf dem hier erwähnten Gemälde nicht der Fall, denn die Scene spielt nicht unter freiem Himmel, vielmehr in einem nur spärlich durch ein hoch oben an der gemörtelten Wand befindliches Fenster erhellten Räume, der mit rothen Backsteinen gepflastert ist. Und doch, wie kräftig wirken die Farben dieses Pleinair-Malers auch hier, wie körperlich heben sich die Gestalten (eben durch eine vernünftige Behandlung der Contouren und trotz des auch bei ihnen angewandten „überstrahlenden“ Lichtes) von ihrem Untergrunde ab! Da sieht man, daß Luft zwischen der Wand und den näher oder entfernter von ihr auf Strohsesseln sitzenden Kindern vorhanden ist, daß die fromme Schwester, welche den prächtig charakterisirten und in den verschiedenen Graden ihrer Aufmerksamkeit vorzüglich differenzirten Kindern aus einem Buche vorliest, in der That in freier Luft inmitten des Zimmers steht. Hier, dieser Freilichtmaler ist einer der Wenigen innerhalb der neuen Richtung, deren Malprinzip, deren Kunst sich aus dem häßlichen Carvenzustande schon herausgearbeitet hat und nun den Flug empor nimmt als farbenreicher Falter — schön und doch wahr, schön und doch voll Leben! An ihm mögen die Anderen lernen! Und sie werden es lernen, denn die unaufhörliche Arbeit, welche die Kritik und die schon weiter vorgeschrittenen Kunstgenossen an die Fortentwicklung der neuen Richtung gewandt haben, um sie von ihrem falschen Begriffe des Wahren und Natürlichen zum wirklich Wahren, zum Natürlichen und dabei doch Schönen zu führen, diese Arbeit und ihre jetzt schon an Bildern wie das Walther Firls zu Tage tretenden Früchte können auf die Dauer nicht ohne Nutzen bleiben: sie müssen und werden Samen tragen für die Blüthe der Kunst der Zukunft!

